



Androsch für Schuldenbremse – aber gegen neue Steuern

Androsch: »Budget-Überwachung nötig«

ÖSTERREICH: Brauchen wir die Schuldenbremse als Verfassungsgesetz?

HANNES ANDROSCH: Unbedingt. Als Zeichen an die Märkte, aber auch als Selbstverpflichtung in Verfassungsrang.

ÖSTERREICH: Warum?

ANDROSCH: Um die Begrenzungen der verschiedenen Gruppen abzuwehren, die zur Schiefelage des Budgets geführt haben: die Hacklerregelung etwa oder die Anhebung der Beamtgehälter. Dabei steigen Bezüge im öffentlichen Dienst jedes Jahr durch Biennalsprünge um 1,8%. Die Beamtgehälter sind seit 2000 um 26% gestiegen.

ÖSTERREICH: Was sagen Sie der Opposition, die das Verfassungsgesetz ja vorerst verhindert hat?

ANDROSCH: Dass sie ebenfalls dafür gesorgt hat, dass wir eine Schiefelage geraten: Bei der Ausweitung der Frühpensionen war die FPÖ ja voll dabei. Die Opposition sollte Verantwortungsbewusstsein zeigen und der Schuldenbremse noch zustimmen.

Denn die Strafe folgt sonst auf den Fuß.

ÖSTERREICH: Wie sieht diese Strafe aus?

ANDROSCH: Dass uns die Märkte mit höheren Zinsen für Staatsanleihen bestrafen. Das können rasch drei bis sechs Milliarden pro Jahr mehr sein und kann uns griechische Verhältnisse bescheren. Jetzt muss gehandelt werden.

ÖSTERREICH: Jetzt gibt es auch Bedenken in Ihrer eigenen Partei, der SPÖ, gegen die Schuldenbremse.

» Ich bin gegen Steuer-Kannibalismus. Unsere Abgabenquote ist hoch genug.«

ANDROSCH: Für die gilt dasselbe: Die Schiefelage unseres Budget muss beseitigt werden. Wir geben zu viel für Pensionen. Beamte und so weiter aus. Zukunftsinvestitionen werden gekürzt. Tun wir jetzt etwas, gleicht das einer Kariesbehandlung

beim Zahnarzt: unangenehm, aber aushaltbar.

Wenn nicht, müssen in den nächsten Jahren gleichsam teure Zahnimplantate angefertigt werden. Das tut dann richtig weh.

ÖSTERREICH: Die SPÖ fordert zur Sanierung neue Steuern...

ANDROSCH: Ich bin gegen diesen Steuer-Kannibalismus. Die Abgabenquote ist um 5% höher als in Deutschland. Noch mehr gefährdet das Wachstum.

ÖSTERREICH: Die EU wird heute ein Krisenpaket beschließen. Wollen Sie, dass ein EU-Kommissar unser Budget überwacht?

ANDROSCH: Das ist nötig. Der Euro-Raum braucht schon längst eine gemeinsame Fiskalpolitik. Die Budgetdisziplin der Staaten muss besser als bisher überwacht werden.

Interview: G. Schröder



Hannes Androsch

Ex-SPÖ-Finanzminister appelliert auch an die eigene Partei.